

# Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Verordnungsart Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz 5969. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H).

NUMMER 175 B

BERLIN • Donnerstag, den 28. Juli 1932

1. JAHRGANG

## KPD-Verbot nach der Wahl?

### Fort mit der Arbeitsdienstpflicht!

Die Gefahr, daß der Leute noch „freiwillige Arbeitsdienst“ zur Arbeitsdienstpflicht erweitert wird, bedroht uns unmittelbar. Schon lange wird von allen Rechts-Kreisen die Arbeitsdienstpflicht eifrig propagiert, von der „Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht“ an der Spitze, in der angeblich 60 nationale Organisationen vertreten sind. Die Nationalsozialisten geben hier den Ton an; ihr Oberst Hierl hat bekanntlich die Pläne für eine zweijährige allgemeine Arbeitsdienstpflicht fix und fertig und hält sie zur Verwendung der Regierung bereit. Die Regierung Papein fördert bereits nach Kräften solche Pläne, wie ihre neuesten Verordnungen über den freiwilligen Arbeitsdienst ja bewiesen haben. Sie hat ein Gutachten über die „zweckmäßigste Form“ der Arbeitsdienstpflicht bei dem dafür neu ernannten Reichskommissar bereits in Auftrag gegeben.

Wie nah die Gefahr der Arbeitsdienstpflicht ist, geht auch daraus hervor, daß sehr einflussreiche Kreise der Schwerindustrie, die sich für die Arbeitsdienstpflicht eintraten, die Pläne noch bedenken dagegen hatten. Auf einer Tagung der Vereinigten Industrie- und Handelskammern Bochum, Dortmund, Essen und Münster, die am 11. Juli in Recklinghausen stattfand, sprach der Leiter des Dinta, der Ober-  
 ... über das Thema Arbeitsdienstpflicht und entwickelte einen Gedanken, der die Pläne ablehnte, daß der Arbeitsdienst nicht militärisch ausgerichtet sein dürfte, fügte aber dann gleich hinzu, daß die Gemeinschaft der jungen Menschen

nicht militärisch, sondern soldatisch

gestaltet werden müsse. Er verriet leider nicht, worin er den Unterschied zwischen militärisch und soldatisch sieht! Ueber die Finanzierung der Arbeitsdienstpflicht sprach Arnhold in geradezu unverschämter Weise: „Die Finanzierung darf unter keinen Umständen durch Bereitstellung neuer, großer Summen in die Wege geleitet werden. Es kann nicht etwa daran gedacht werden, der Wirtschaft diese Summen zu entziehen. Im ersten Abschnitt der Durchführung müsse daher die

Finanzierung lediglich aus den Beträgen erfolgen, die auch jetzt schon für die Erwerbslosenunterstützung verfügbar sind. Inzwischen gesammelte Erfahrungen bezeugen, daß sich daran noch erhebliche Einsparungen machen lassen.“

Mit anderen Worten: diese arbeiterfeindliche Einrichtung soll ausschließlich von den Erwerbslosen finanziert werden; ihnen soll im Interesse der Militarisierung der Jugend der Hungerriemen noch fester geschnallt werden.

Von den genannten Ruhrkammern wurde dann eine Entschließung einstimmig angenommen, die sehr deutlich zeigt, wohin der Weg gehen soll:

„Die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht in Deutschland erscheint uns angesichts der verheerenden seelischen und materiellen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf unsere Jugend ein Ziel zu sein, dessen Verwirklichung mit allen Kräften zu erstreben ist. Die Schwierigkeiten der Finanzierung brauchen trotz unserer verzweifeltsten finanziellen Lage nicht unüberwindlich zu sein, wenn in Zielsetzung und Durchführung wirtschaftlich verfahren wird. ... Eine Voraussetzung zum Gelingen des Ganzen scheint uns zu sein, daß das Ganze schrittweise aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst entwickelt wird. Nur so kann man den ideellen Gehalt der Arbeitsdienstpflicht verwirklichen.“

Von Zielen geistigen, politischen und wirtschaftspolitischen Richtungen her wird zur Zeit an der Verwirklichung der Idee der Arbeitsdienstpflicht gearbeitet. Es besteht die Gefahr, daß als sich gegenseitig ... den Rang abzulaufen suchen. Wir richten deshalb an all diese Stellen den dringenden Appell, sich bald zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden, damit aus der Fülle der zum Teil sehr guten Ideen sich bald ein Plan herauschält, dessen Verwirklichung Deutschland vorwärtsbringt.“

Diese Industriellen sind sich also über die Taktik des Vorgehens mit der Regierung völlig einig: „Schrittweise“ soll aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst die Arbeitsdienstpflicht entwickelt werden.

Alle von nationalen Organisationen eingerichteten Freiwilligen Arbeitsdienst-Lager bereiten bereits praktisch den militärischen Geist vor, der dann in der Arbeitsdienstpflicht überall herrschen soll. Der nationalsozialistische Bürgermeister von Koburg hat z. B. am 4. Juli in einer Rede in Berlin über einen von der Stadt Koburg eingerichteten Freiwilligen Arbeitsdienst berichtet:

„Es geht mit militärischer Zucht und Ordnung zu ... Parade findet alle 4 Wochen statt ... Zu dem gemeinsamen Kirchgang, der alle 14 Tage stattfindet, wird ebenfalls geschlossen marschiert ...“

### Ohne Einheitsfront ist die Arbeiterbewegung erledigt.

W—er. Der bekannte französische Journalist Jules Sauerwein bringt eine Information aus „autorisierten Kreisen“, die im wesentlichen die folgenden Gedankengänge enthält:

„Die Regierung von Papein will Deutschland aus dem revolutionären Zustand, in dem es sich zur Zeit befindet, herausführen. Die Wahlen, die am 31. Juli stattfinden, werden aller Voraussicht nach keine Majorität der Rechten ergeben, die sich einem starken Linksblock gegenübersehen wird. Die Kommunisten werden wie im Preußenparlament das Zünglein an der Waage sein. Daher will von Papein und sein Kabinett nach den Wahlen die Kommunistische Partei auflösen, um so der Rechten eine Mehrheit im Reichstag wie im preußischen Landtag zu verschaffen; aus beiden sollen dann die kommunistischen Abgeordneten ausgewiesen werden.“

Wenn man nicht schon jetzt vor den Wahlen zur Auflösung der Kommunistischen Partei geschritten ist, so nur deshalb, weil man davon einen Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten fürchtete. Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei will sich Herr von Papein dem Zentrum nähern und es durch Konzessionen zur Mitarbeit zu gewinnen suchen. Das Kabinett, das im hohen Grade unter dem Einfluß der Großindustriellen steht, wird der deutschen Arbeiterschaft schwere Opfer auferlegen.“

Die Unterstützung der Nazis will die Regierung Papein nach Sauerwein wie bisher durch einige Konzessionen erkaufen; Hitler soll bereits entsprechende Zusagen gemacht haben.

Diese Betrachtungen Sauerweins scheinen uns die Absichten der Regierung Papein in der Tat wiederzugeben, auch für den Fall, daß diese sie ihm nicht so deutlich dargelegt hat, wie er es hier schreibt. Der ganze Kurs der Reaktion läuft selbstverständlich darauf hinaus, die Arbeiterschaft von verschiedenen Stellen aus anzugreifen und ihre Front in Verwirrung zu bringen. Dazu bedient man sich der verschiedensten Mittel:

Zu den bisherigen Aktionen, deren äußerster Gipfelpunkt wohl der Hinauswurf der preußischen Minister aus Amt und Würden darstellte, und die Entlassung von über zwanzig republikanischen Beamten, gesellen sich nun Strafanzeigen verschiedener Art: gegen Severing durch Herrn Röhm, weil die preußische Regierung amtlicherseits die Hetze gegen diesen Herrn betrieben haben soll, ferner eine Anzeige des Gaues Hessen der NSDAP (Best und Pg.) gegen das gesamte hessische Staatsministerium, das unter sozialdemokratischer Führung steht, „wegen Begünstigung der hoch- und landes-

verräterischen Absichten der KPD“. Die Begünstigung soll darin bestehen, daß die hessische Regierung Material gegen die KP, das ihr bekannt sei, nicht der Öffentlichkeit übergeben habe, sondern stattdessen durch Veröffentlichung der bekannten Boxheimer Dokumente die Nationalsozialisten in der öffentlichen Meinung herabgesetzt habe. Die Regierung in Hessen teilt dazu mit, daß das Material, wovon die Boxheimer Leute reden, sich überhaupt nicht auf Hessen bezöge.

Diesen Aktionen schließen sich würdig an die Hetze gegen das „Reichsbanner“, die sich zum großen Teil auf das von Herrn Korodi von der „Berliner Börsenzeitung“ gelieferte „Material“ stützen.

Alle diese Schläge gegen die deutsche Arbeiterschaft werden nicht die letzten sein. Sie werden im Gegenteil verstärkt niederprasseln; denn mit der wachsenden Krise wächst auch die Unzufriedenheit und also die Notwendigkeit, die Arbeiterschaft zu „zügeln“. Solange die Arbeiterschaft nicht einig ist, solange wird sie von der Reaktion am Boden gehalten. Mag der Wahlkampf ausfallen wie er will — durch nichts kann die Arbeiterschaft davor bewahrt werden, völlig niedergeschlagen zu werden, als allein durch eine gemeinsame Aktion auf allen Gebieten, über die zwischen den Arbeitern nur eine Meinung herrscht.

Die Schaffung der Einheitsfront ist nicht bloß eine taktisch-sekundäre Angelegenheit — sie ist eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft.

Wie wichtig unser Vorschlag der gemeinsamen Listen von KP und SP gewesen ist, wird durch die Pläne der Papein-Regierung deutlich. Wenn man unseren Rat befolgt hätte, wäre auch durch das Verbot der KPD noch keine Möglichkeit gegeben, die von kommunistischen Wählern entsandten Abgeordneten aus dem Reichstag zu verdrängen, eben weil die Trennung der Abgeordneten nach Kommunisten und Sozialdemokraten durch die Regierung gar nicht möglich gewesen wäre. Selbstverständlich hätte bei Abstimmungen innerhalb der Arbeiterfraktion kein Fraktionszwang eingeführt werden dürfen, so daß die kommunistischen Abgeordneten trotzdem Bewegungsfreiheit gehabt hätten.

Es mag sein, daß manche Sozialdemokraten sich über das Verbot der KPD freuen, weil sie meinen, ihr eigener brüchiger Laden bekäme dadurch ein paar Kunden wieder. Diese Rechnung ist selbstverständlich irrsinnig; denn wenn erst einmal die Praxis der Partei- und Organisationsverbote, eingerissen ist, ist es bis zum Verbot sozialdemokratischer Organisationen nur noch ein Schritt.

## „Wir kriegen ja doch kein Recht.“

### Urteil über die Braunschweiger Polizei.

W. R. Am 26. Juli wollte der frühere Reichspräsident Löbe in Braunschweig sprechen. Die Veranstaltung wurde verboten, weil „nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist“, wie das Braunschweiger Polizei-Präsidium mitteilte. Darauf sprach Löbe in einer Mitgliederversammlung der Eisernen Front.

Nach Schluß dieser Versammlung wurden zwei Teilnehmer von zwei Nationalsozialisten angeschossen und schwer verletzt. Die Schüsse fielen in der Nähe einer Nazi-Geschäftsstelle. Bezeichnend für die Taktik der Nazis ist, daß das Ueberfallkommando sofort von einem SA-Mann alarmiert wurde.

Wir werden weiter so fortfahren, in der Gewißheit, daß vieles von dem, was wir bereits praktisch durchgeführt haben, in gesetzlicher Form bald allgemein eingeführt wird ... als allgemein verbindliche Arbeitsdienstpflicht.“

Schon heute ist vielfach der freiwillige Arbeitsdienst gar nicht freiwillig, sondern die Behörden üben oft einen Druck aus. Ein Beispiel aus einem kleinen Ort bei Kassel: Eine

Augenzeugen machten die Polizei aber sofort auf die Schlupfwinkel der Nazis aufmerksam. Sie fand natürlich nichts — wie immer in solchen Fällen, sondern vertrieb die aufgeregte Menge von der Straße.

Eigenartig war auch das Verhalten eines Polizei-Wachmeisters, der erst auf das energische Drängen mehrerer Versammlungsteilnehmer sich zur Vernehmung von Augenzeugen bequeme.

Wie wenig Vertrauen die Braunschweiger Polizei noch besitzt, spiegelte sich in den Äußerungen vieler Arbeiter wider: „Geht doch nach Hause; wir kriegen ja doch kein Recht.“

alleinstehende Frau mit drei erwachsenen arbeitslosen Jungen wurde aufgefordert, ihren zwanzigjährigen Sohn zum freiwilligen Arbeitsdienst zu schicken. Andernfalls wurde ihr ein Abzug von ihrer monatlichen Wohlfahrtsunterstützung von 20 Mark in Aussicht gestellt. Dem Sohn selbst stellte der Bürgermeister es als Pflicht hin, den freiwilligen Arbeitsdienst mitzumachen, damit die Gemeindegelder geschont würden,

Auch die „Zusätzlichkeit“ der Arbeit, die bisher noch im Gesetz gefordert wird, ist bereits heute oft nicht gewährleistet, wie zum Beispiel aus einem Aufsatz von Bernhard im „Grundstein“, dem Organ des Baugewerksbundes, hervorgeht, in dem er berichtet, daß gerade den Bauarbeitern durch den freiwilligen Arbeitsdienst der Arbeitsmarkt noch mehr eingeengt worden sei. — Der nationalsozialistische Leiter eines Arbeitslagers in Schönfeld kommandierte seine Arbeitswilligen zu offensichtlich nicht zusätzlichen Arbeiten ab, zum Beispiel zu Arbeiten in der Stadtgärtnerei. Bei einer Kontrolle versuchte er noch dazu, sich herauszulügen.

So ist zweierlei erwiesen: Der Mißbrauch, der bereits heute mit dem freiwilligen Arbeitsdienst getrieben wird, indem er militaristischen und lohndrückerischen Absichten dienstbar gemacht wird; ferner der Zweck, der für die nächste Zukunft verfolgt wird, nämlich die Überleitung in die Arbeitsdienstpflicht.

Gerade in diesem Augenblick haben die Gewerkschaften ihre bisher zögernde Haltung aufgegeben und sich für die Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst entschieden. Sie begründen das damit, daß zwar ihre bisherigen Bedenken fortbeständen, sie sich aber nicht völlig ausschalten lassen wollten bei dem Einfluß auf die erwerbslose Jugend. „In dem Augenblick aber, wo der freiwillige Arbeitsdienst auf immer breiterer Basis organisiert wird, dürfen wir uns nicht mehr abwartend beiseite stellen“, schreibt die „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 9. Juli. Es spricht gewiß etwas dafür, die erwerbslose Jugend nicht völlig den Nationalsozialisten und Stahlhelmern zu überlassen. Wenn dies aber verhindert werden sollte, dann müßten die Gewerkschaften von Anfang an sich energisch am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligen, um von vornherein überall ihren Einfluß auf dessen Gestaltung auszuüben. In einer Zeit, als die Regierung Brüning immerhin nicht ganz ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften regieren konnte, waren die Ansichten, sich erfolgreich zu betätigen, jedenfalls größer als heute. Heute dagegen haben die anderen den Vorsprung; daß sie auch weiterhin von der Regierung bevorzugt werden, liegt auf der Hand.

Nach den Richtlinien der Gewerkschaften, die „nicht Arbeitsdienst, sondern Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend“ fordern, wird die Regierung sich vermutlich wenig richten, da ihr ganzes Bestreben sogar auf die Arbeitsdienstpflicht hinzielt und die „Freiwilligkeit“ des heutigen Arbeitsdienstes für sie nur noch eine Fassade ist, die solange stehen bleiben soll, bis der Zeitpunkt gekommen ist, um die Arbeitsdienstpflicht einzuführen.

In diesem Augenblick sollten die Gewerkschaften nicht noch besonders helfen, diese Fassade zu stützen.

Die Gewerkschaften sollten ihre ganze Stosskraft gegen die in kürzester Zeit drohende Arbeitsdienstpflicht richten,

wie überhaupt gegen den Faschismus. Da sie den Arbeitsdienst als Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit sowieso mit Recht ablehnen, muß allerdings ein klares Arbeitsbeschaffungsprogramm an erster Stelle ihrer Propaganda stehen, damit gerade die erwerbslosen, verzweifeln Massen hier einen Ausweg aus ihrer Not gesehen sehen.

María Hodann

## Studenten und Arbeitsdienst.

Der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst hat zum Semesterschluß der Universitäten bekanntgegeben, daß 2000 bis 3000 Studenten von August bis Oktober eingestellt werden können. Pro Tag ist ein Satz von 2 Mark festgesetzt. Die Anwerbung und die Auswahl erfolgt durch das Studentenwerk der Hochschulen, zusammen mit den Bezirkskommissaren.

Der Zweck der Uebung ist klar. Die deutschen Hochschulen sind die Brutstätte der Reaktion. Aus den Kadern dieser Reaktionen werden die Antreiber ausersehen, die den richtigen Geist bei den „Freiwilligen“ erzeugen werden. Die Stiftung der Volksgemeinschaft von oben liegt auf der gleichen Linie, von der Schleicher in seiner Rundfunkrede ausging, als er von dem hohen Ideal der Kameradschaft sprach, die das Band unter Soldaten knüpft. So wie hier die einen in die Schützengräben

kommandiert wurden, während die anderen den Offiziersberuf wählten, so sind in dieser „Volksgemeinschaft“ zwischen Studenten und Arbeitern die einen zu „Freiwilligen“ geworden, weil ihnen sonst die Unterstützung entzogen wird, während die anderen ausgesucht werden, um die Mission der Erziehung zu

nationaler Gesinnung auszuüben. Bei einer so ungleichen Verteilung der Freiheit und Ehre wird es Herrn von Schleicher schwer gelingen, das Wort „Volksgemeinschaft“ von der Verachtung zu befreien, die es in der Meinung aufrechter Menschen vorläufig erhalten hat und behalten wird!

# Borah zur Kriegsschuldenfrage.

## Streichung der Kriegsschulden gegen Erleichterung der Ausfuhr.

In einer Rundfunkrede nahm der amerikanische Senator Borah Stellung zu der nun vor Amerika neu auftauchenden Frage der europäischen Kriegsschulden. Die Worte, die er zu dem Abschluß der Konferenzen von Lausanne und Genf fand, waren vage und unsicher: Lausanne bestimme den Beginn einer neuen Zeit, und Genf stelle die Probe dar auf das in Lausanne Erreichte — ein Ausblick, dessen Hoffnungslosigkeit Borah auch dann klar sein mußte, wenn er etwa zur Zeit seiner Rede das Ergebnis der Genfer Schlußabstimmung noch nicht kannte.

Die entscheidende Stelle in Borahs Rede, die Stelle, die begreiflicher Weise in Amerika und Europa das größte Aufsehen erregt hat, betrifft die amerikanischen Forderungen an Europa: Borah tritt ein für völlige Streichung der Kriegsschulden, zum mindesten aber für ihre Herabsetzung, unter der Bedingung, daß die europäischen Staaten die Ausfuhr amerikanischer Waren nach Europa durch handelspolitische Maßnahmen erleichtern.

Borah hat als Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik. Er war bisher ein entschiedener Gegner einer Herabsetzung der Kriegsschulden der europäischen Staaten. Seine Rede be-

deutet also einen bedeutsamen Stellungswandel; sie wird in England lebhaft begrüßt.

Die Erklärungen von Borah, die in England eine sehr willige Presse gefunden haben, in Frankreich dagegen weit weniger Anklang fanden, haben von Borahs Seite aus eine gewisse Einschränkung erfahren. Er wehrt sich gegen die Auslegung, als ob er eine grundsätzlich neue Stellung in der Kriegsschuldenfrage bezogen habe. Er sei stets für die Herabsetzung der Kriegsschulden gewesen, sobald — und gerade auf diesen Zusammenhang komme es an — Europa abrüste und seine Angelegenheiten einigermaßen in Ordnung gebracht habe. Er hat weiter hinzugefügt, daß Amerika Abrüstungsbedingungen stellen würde, ehe es sich auf eine Schuldenschnittlinie einließe, und daß diese die Forderung einer 50prozentigen Rüstungsverminderung in sich schließen würden. Die Notwendigkeit einer Weltkonferenz betonte er nach wie vor; es heißt sogar, daß er für die Einbeziehung Rußlands ist. In diesem Zusammenhang ist eine Meldung der „Associated Press“ aus Moskau interessant, wonach einer der Handelsvertreter von USA mit maßgebenden russischen Persönlichkeiten von der Möglichkeit gesprochen hat, einen inoffiziellen Vertreter der amerikanischen Regierung nach Moskau zu entsenden. Dieser Gedanke hat, wie das Pressebüro mitteilt, in Moskau großen Anklang gefunden.

## Vom Konflikt zwischen Danzig und Polen.

An der Reibungsfläche zwischen Polen und Danzig kommt es fast dauernd zu größeren oder kleineren Streitfällen. Polen hat der Einfuhrkontrolle, die es seit einigen Monaten über die aus Danzig eingeführten Waren ausübt, seit einigen Tagen eine Gebührenforderung von 1 Prozent des Warenwertes hinzugefügt. In Danzig wird diese Maßnahme als eine Verletzung der Zollunion zwischen Polen und Danzig heftig bekämpft.

Ein weiterer Konfliktsstoff ist der Streit um Gdingen. Danzig beschwert sich, daß Polen den Hafen von Gdingen auf Kosten des Danziger Hafens bevorzuge. Polen klagt dagegen, daß Danzig Polen eine stärkere Benutzung unmöglich mache. Die Danziger Hafenkranen seien überlastet, ohne daß Danzig für Abhilfe Sorge; es habe gerade jetzt den Vertrag mit einer oberschlesischen Eisenhütten-Gesellschaft gekündigt.

## Aus dem Fernen Osten.

Die chinesische Regierung hat in London darum gebeten, daß die 12 britischen Kriegsschiffe, die sich noch in chinesischen Gewässern aufhalten, zurückgezogen werden, da die Lage und die Interessen der britischen Staatsangehörigen nicht gefährdet seien.

Aus Charbin wird gemeldet, daß die japanischen Truppen am 24. Juli bei Sansin eine schwere Niederlage erlitten haben.

Die japanische Regierung teilt amtlich mit, daß sie General Muto zum bevollmächtigten Sondergesandten für die Mandschurei ernannt habe. Seine Aufgabe ist es, die japanische Verwaltung in der Mandschurei einheitlich zu gestalten. Dazu gehört unter anderem die Kontrolle der südmandschurischen Eisenbahn!

## Lokaler Baumwollstreik in England.

Im nordenglischen Baumwollbezirk, in dem seit Monaten der Kampf mit den Unternehmern in einem Stadium ist, daß nicht nur ein lokaler, sondern ein Generalstreik zur Diskussion stand, ist nun in Burnley, einem der Zentren, ein lokaler Proteststreik ausgebrochen, gegen die Absicht der Unternehmer, eine 12/100-prozentige Lohnkürzung vorzunehmen. Von insgesamt 25 000 Webern sind 20 000 in den Streik getreten. Es kam zu Unruhen zwischen den Streikenden und den nicht am Streik Beteiligten. Die Polizei hat eingegriffen.

Wie es bisher nach den englischen Zeitungen aussieht, kann mit einem einheitlichen Vorgehen der Baumwollarbeiter nicht gerechnet werden. Eine Reihe von Textilgewerkschaften hat es abgesehen, in einen Lokaltreik einzutreten, solange kein einheitliches Vorgehen gesichert ist. Auch gibt es Gewerkschaften, die, wenn schon Reduktionen vorgenommen werden sollen, eine Lohnkürzung dem Mehr-Webstuhl-System vorziehen. Die Unterhandlungen haben am Montag eingesetzt und werden trotz des Streiks fortgesetzt. Sie sind bisher ergebnislos verlaufen.

## Heftige Kämpfe in Brasilien.

Die Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen werden seit nun fast 14 Tagen mit großer Heftigkeit, aber bisher ohne entscheidenden Erfolg von einer der beiden Seiten fortgeführt. Es scheint, daß die Regierung langsam vordringt. Am Dienstag wird aus Rio de Janeiro gemeldet, daß die Aufständischen in der Provinz Rio Grande do Sul entscheidend geschlagen seien. Im Ursprungsgebiet des Aufstandes, im Staate Sao Paulo, ist der Aufstand dagegen immer noch völlig ungebrochen.

Reichsdeutsche aus Danzig können auf Stimmzettel am 31. Juli in Pallau wählen. Sie werden auf verbilligter Wahlrückfahrtskarte (4,— Mk.) mit der Planfahrt des Seedienstes Ostpreußen hin- und zurückbefördert.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1933

Bonczyk und Schorsch haben sich verabredet, gemeinsam an Land zu gehen. Aber Schorsch hat mit dem Dampfer nicht fahren können, weil er an Bord bleiben sollte und keine Urlaubskarte bekam. Etwas später hat er sich in eine Dampfmaschine eingeschmuggelt, die an Land fuhr, um einen Offizier von der Brücke abzuholen.

Auf der Brücke trifft er Bonczyk.

„Mensch, da bist du ja, Schorsch!“

„Ich habe keine Karte gekriegt, ich sollte an Bord bleiben! Aber die Maschine hat mich mit rübergenommen! So, und jetzt machen wir einen kleinen Zug durch die Kneipen. Wir wollen mal sehen, was die Kulis heute machen, und nachher gehen wir in den ‚Reichspennig!‘“ Der „Reichspennig“ ist das Verkehrslokal des III. Geschwaders, in dem die Mannschaften der zum Verband gehörenden Schiffe sich treffen.

Die beiden steigen die Treppe zum Düsternbrooker Weg hoch und schlagen die Richtung nach der inneren Stadt ein. Am Vereinshaus des Kaiserlichen Yachtclubs und einigen in vornehmer Abgeschlossenheit liegenden Villen kommen sie vorbei.

Die beiden sind nicht weit gegangen.

Ein Seeoffizier kommt ihnen entgegen.

Bonczyk bemerkt ihn zuerst:

„Da kommt ein Korvettenkapitän!“

„Da wollen wir doch mal sehen? Gib mal Feuer, Job!“ Schorsch zieht eine Zigarette hervor und pflanzt sich mitten auf dem Gehsteig auf. Bonczyk hält ihm ein Streichholz in der hohlen Hand hin. Und die Sorge um das brennende Streichholz scheint alles zu sein, was die beiden im Moment interessiert.

Der Offizier stutzt. Er hebt seine Hand, um sie heranzuwinken, läßt sie aber gleich wieder sinken. Er will sich mit diesen beiden Burschen nicht einlassen, macht eine scharfe Wendung und geht auf die andere Straßenseite hinüber.

Schorsch lacht in sich hinein:

„Da siehst du's die haben schon einen Bammel in der Hose!“

Die beiden setzen ihren Weg fort. In der „Wilden Nachtigall“ bestellen sie sich zwei kleine Bier. An einem Tisch spielen ein paar Matrosen Karten. In den abgeteiltten Boxen sitzen Pärchen; nur die derben Matrosenstiefel und die Knöpfschuhe und fußfreien Röcke der Mädchen sind zu sehen.

Schorsch tritt an den Kartenspieltisch heran und liest die Schiffsnamen von den Mützenbändern ab. Er wendet sich an einen Matrosen vom „König“ und schlägt ihm auf die Schulter:

„Na, wie etes? Was ist bei euch an Bord los?“

„Bei uns? Wir sind in die Werft gegangen!“

„Und wie ist die Stimmung an Bord?“

„Ach, sind ja alles Scheißkerle!“

„Auf die Versammlung kommt ihr doch heute?“

„Um halb fünf, auf dem Großen Exerzierplatz?“

„Los, Gustav, mach schon. Du mußt geben!“

Der Königsmatrose mischt die Karten und teilt aus.

„Achtzehn — zwanzig — zweiundzwanzig!“

„Ich passe, spiel du!“

„Trinkst du noch einen, Job?“ fragt Schorsch.

„Ich nehme lieber einen Rollmops!“

„Ja, Wirt, gib mir auch einen!“

Dann zählen sie und gehen. In der nächsten Kneipe dasselbe Bild, in der dritten und vierten auch. Im Verkehrslokal des III. Geschwaders, im „Reichspennig“, sieht es anders aus. Hier herrscht dicker Betrieb. — Heizer, Matrosen, auch Werftarbeiter. Alle Tische sind besetzt, um die meisten sitzen diskutierende Gruppen herum.

Schorsch und Bonczyk finden zwei leere Stühle.

Die am Tisch reden über den Dienst, über das Essen und über die Urlaubsverhältnisse auf ihrem Schiff: „... der Flunky von unserem Divisions-

offizier, der hat schon dreimal Heimatsurlaub gehabt. Als ich gestern vortrat, daieß es: Urlaub gibt es nicht!“

„Das mit dem Landurlaub muß auch anders werden!“

„Die Offiziere gehen schon mittags von Bord!“

„Und der Bottelier hat Lebens-

mittel an Land verschoben, das muß auch mal zur Sprache gebracht werden!“

„Und was ist das mit den Zigaretten? 400 000 Stück sind an Bord gekommen. Hast du schon eine davon gekriegt? Das muß heute Nachmittag in der Rede auch mit vorgebracht werden!“

„Das ist alles Quatsch!“ mischt Schorsch sich ein.

„Das ist Quatsch!“ sagt auch Bonczyk.

„Dazu ist die Versammlung nicht da, dort haben wir Wichtigeres vorzubringen. Die Kameraden vom II. Geschwader, und in Wilhelmshaven die Heizer von der „Thüringen“ und von der „Helgoland“ und die von 1917, die auf Pestung sitzen, die müssen raus!“

„Ja, die müssen alle raus. Und das müssen wir auf der Versammlung fordern!“

„Das stimmt schon, aber das mit dem Urlaub ist doch auch eine Schweinerei! Und die Zigaretten werden alle in der Offiziersmesse aufgequallt!“

„Es geht heute um politische Forderungen!“

ruft ein Werftarbeiter herüber.

„Der ganze Krempel muß aufhören, alles muß weg!“

„Der Kaiser auch, das hat schon im ‚Vorwärts‘ gestanden!“

„Hör schon mit deinem ‚Vorwärts‘ auf, in der ‚Leipziger Volkszeitung‘ stand das schon viel früher drin!“

Ein paar Tische weiter sitzt Fiets mit seinem Mädels, einer Arbeiterin aus dem Pulvermagazin. Sie hat ein gelbes Gesicht und gelbe Hände. Aber dafür Rock und Bluse, alles Halbselbe, und einen verwegenen Hut hat sie auf dem Kopf.

Der bucklige Kellner stellt zwei Bier hin.

„Von dem da drüben!“ sagt er und zeigt auf Fiets.

Fiets steht auf und hebt sein Glas:

„Prost Brummschädel! Prost Schorsch!“

Ein Matrose legt auf jeden Tisch einen Hand-

zettel:

„Lesen und dann weitergeben!“

(Fortsetzung folgt.)



# Die Rettung Deutschlands durch Reklame?

Rpt.: Anwendung der modernsten Methoden der Reklame-technik — das ist in diesem Wahlkampf die Parole der SPD. Warum?

Die Nationalsozialisten haben von Wahl zu Wahl auf der demokratischen Narrenbühne an Stimmen gewonnen. — Mücke hat von der NSDAP gesagt: „Das Beste an der Partei ist die Reklame.“ — Sozialdemokraten ziehen den Schluß daraus: „Wenn wir Hitler schlagen wollen, müssen wir ihn deshalb auf dem Gebiet der Propaganda übertreffen.“

Mit dem Versuch, die Nationalsozialisten auf diesem Gebiet zu übertreffen, hat die SPD seit einigen Wochen begonnen.

Der Sozialdemokrat Carl Mierendorff berichtet im Juli-Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ unter der Ueberschrift: „Die Rettung Deutschlands“ über die reklametechnische Generalprobe der SPD bei den Hessen-Wahlen am 19. Juni: Die Offensive der hessischen Sozialdemokratie im Zeichen der drei Freiheitspfeile, des Freiheitsrufes, des Freiheitsrufs und des neuen Freiheitsbanners mit den drei weißen Freiheitspfeilen habe zu einer beispiellosen Aktivierung der Massen zu Gunsten der SPD geführt. Zahllose Gleichgültige seien in die Reihen der SPD zurückgekehrt. „Ein geradezu klassisches Beispiel dafür liefert das Wahlergebnis der Stadt Darmstadt, wo die Sozialdemokratie infolge dieser Propaganda nicht nur die einzige Gewinnerin mit etwa 12 Prozent Stimmen war, sondern wo auch die eklatanten Verluste der bürgerlichen Parteien (zirka 1800 Stimmen) nicht mehr den Nationalsozialisten zu gute kamen, sondern ins Nichts zurückfielen, vermehrt durch weitere 600 Stimmen, die die Nationalsozialisten unmittelbar einbüßten. Hätte die Zeit gereicht, um im ganzen Land die neue Methode ebenso restlos zur Anwendung zu bringen, wie es leider nur in Darmstadt geschehen konnte, so wäre auch in anderen Bezirken die gleiche durchschlagende Wirkung erzielt worden. — Gelingt es, diese neuen Methoden bei der Reichstagswahl im ganzen Reich anzuwenden, so wäre die Hoffnung gegeben, in gleicher Weise wie in Hessen die Sozialdemokratie zu einem guten Erfolg zu bringen...“

## Das Geheimnis des Erfolges.

In einem Aufsatz in der Baseler „Arbeiter-Zeitung“ weicht Mierendorff die Leser in die Geheimnisse der neuen Kunst ein:

Es komme darauf an, die politisch Inaktiven zu erfassen, an die man mit Versammlungen, Zeitungen und Flugblättern kaum herankomme. Auf ihr Gefühl müsse man einwirken durch

Symbol, Ruf und Gruß.

Das Hakenkreuzsymbol wirkt nach Mierendorff wie ein primitives Plakat, das überall an allen Straßenecken, Bretterzäunen, auf den Eisenbahnen und selbst in den Bedürfnisanstalten eine ständige Propaganda für den Faschismus bildet. — Der Ruf „Heil Hitler!“ und „Deutschland

erwache!“ bildet sozusagen den Text zu dem Plakat. — Der Gruß ist die „plastische Unterstreichung des Rufes durch eine rasche, scharfe Handbewegung, ein optisches Signal, auf größte Entfernung noch wirksam.“

Alle drei Propagandamittel der NS seien auf dem Prinzip der Einschüchterung aufgebaut. Die politisch Gleichgültigen fühlten sich von ihnen ständig verfolgt, eingekreist, bedroht.

„Unsere Unterlegenheit bestand bisher darin, daß wir in dieser Beziehung den Nationalsozialisten nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen wußten.“

Mit der Einführung der neuen Propaganda ist die entscheidende Wendung erfolgt. Mit Freiheits-Ruf, Freiheits-Gruß und dem Freiheits-Zeichen der Eisernen Front sind wir zum Angriff übergegangen. Es komme nun darauf an, daß Ruf, Gruß und Zeichen überall sichtbar und hörbar würden; die Massenorganisation der SPD müsse dazu eingesetzt werden, „den Massen der politisch Inaktiven stets und ständig das Bild des verfolgten, durchbohrten, zerstörten und besiegten Hakenkreuzes vor Augen zu führen.“

Dieser zum Angriff übergehende Sozialdemokrat behauptet, mit der neuen Wendung werde nur aufgenommen:

## Die alte Tradition.

Die Nationalsozialisten hätten die Kunst der Propaganda von den italienischen Faschisten gelernt, diese von den Bolschewisten und diese von der SPD. Die Sozialdemokratie habe die rote Fahne als Parteisymbol geschaffen, die rote Nelke als einheitliches Abzeichen und auch die Uniformierung ihrer Anhänger durch einheitliche Bekleidung: den Schlapphut, die rote Krawatte und den Bebel-Bart. Auch die Einführung der Anrede „Genosse“ liege auf derselben Linie, sie gründe sich auf dieselben psychologischen Ueberlegungen.

An die Stelle jener zum Teil unbewußten Ueberlegungen ist nach Mierendorff nunmehr getreten:

## Ein neues Bündnis zwischen Wissenschaft und Proletariat.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ schämen sich nicht, folgende Sätze von Mierendorff abzudrucken:

„Wissenschaft und Arbeiterklasse haben in dieser Erneuerung der Propagandamethoden ein neues Bündnis geschlossen, von dessen tiefgreifender Bedeutung Ferdinand Lassalle schon in seiner berühmten Rede ‚Die Wissenschaft und die Arbeit‘ so richtig gesagt hat: ‚Die Alliance der Wissenschaft und der Arbeiter, dieser beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden, das ist das Ziel, dem ich, solange ich atme, mein Leben zu weihen beschlossen habe.“

Nach Anrufung von Karl Marx, der die Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der politischen Oekonomie mit der Wissenschaft vermählt habe, fährt jenes lebendige Kultur-

hindernis Carl Mierendorff fort: Heute vollziehe sich ein ähnlicher Prozeß (gemeint ist, daß ein Reklametechniker sich jene drei Pfeile ausgedacht hat!). Es könne sein, „daß die Verbindung dieser beiden Elemente (der Arbeiterschaft und jener Reklametechniker!) die Rettung Deutschlands jetzt herbeiführen hilft: in einem Augenblick, der im höchsten Maß gefährdend geworden ist.“

Die SPD hat recht: Auf der demokratischen Narrenbühne, die sie für den Weg zum Sozialismus hält, ist die Reklametechnik ein unentbehrliches und angemessenes Kampfmittel! Soweit das Proletariat auf dem Boden der Demokratie in Wahlen um Stimmen kämpft, soll und wird es reklametechnische Mittel benutzen. Der entscheidende Kampf wird aber aus dem einfachen Grunde nicht mit Mitteln der Reklametechnik gekämpft, weil er gar nicht auf jenem Kampfboden der Demokratie ausgefochten wird, den Nelson treffend als Narrenbühne gekennzeichnet hat.

Werden diese neuesten Jünger der Reklametechnik denn noch nicht irre an der Demokratie als einem Weg zum Sozialismus? Sie scheinen so weit entfernt davon wie je. Denn sie selber empfinden es offenbar nicht, als blutigen Hohn, daß einer ihrer Reichstagsabgeordneten die Anwendung der Reklametechnik als neue Vermählung von Proletariat und Wissenschaft, als einen Weg zur Rettung Deutschlands, feiert.

Gerade dieser beschämende Vorgang zeigt: Das Proletariat braucht die Vermählung mit der Wissenschaft, mit wirklicher Wissenschaft, die ihm das Ziel des Sozialismus so klar zeigt, daß es nicht durch die mächtigsten Reklamefeldzüge von Interessenten irgend welcher Art verdunkelt werden kann, die ihm den Weg dazu zeigt, und die es vor Irrwegen, wie dem der Demokratie warnt.

Das alles leisten die Bücher unseres Genossen Nelson. Ihr Inhalt ist freilich schwerer aufzufassen als das Symbol der drei weißen Pfeile. Wer aber auch nur etwas von ihrem Inhalt in sich aufgenommen hat — er braucht dazu keineswegs dicke Bücher zu lesen —, der geht dann aber auch sicherer seines Weges als jene Träger von drei Freiheitspfeilen, von denen wir auf Grund von Erfahrung zum Teil keineswegs sicher sind, daß sie sich nicht binnen kurzem in Träger von Hakenkreuzen verwandeln.

## Zwang zum freiwilligen Arbeitsdienst.

L. G. Aus einem von der Liga für Menschenrechte veranstalteten Vortrag über die „Gefahren der Arbeitsdienstpflicht“ von Dr. Otto Reinemann haben wir seine Ausführungen über die schon bestehende Form des Arbeitsdienstes hervor.

Einen freiwilligen Arbeitsdienst gibt es in Deutschland seit der Notverordnung vom 5. Juni 1931. Er hatte noch nicht die Ausmaße, die er heute nehmen soll. Aber schon die Form, die er hatte, muß uns zu denken geben. Man versprach und verspricht auch heute den Arbeitsdienstfreiwilligen wirtschaftliche Besserstellung. Wie sah in der bisherigen Form des Arbeitsdienstes diese wirtschaftliche Besserstellung aus? Pro Arbeitstag hatte der Freiwillige einen Anspruch auf 2 Mark. Diese wurden ihm aber in den seltensten Fällen ausbezahlt, sondern der Träger des Arbeitsdienstes bekam sie, der dafür Unterkunft und Verpflegung des Arbeitenden zu beschaffen hatte. Ein Taschengeld von 50 Pfennig in der Woche konnte ausbezahlt werden, das war aber nicht Vorschrift.

Für den Minderjährigen lag ein gewisser Anreiz zum Arbeitsdienst darin, daß er sonst, wenn er Angehörige hat, von der Arbeitslosenfürsorge ausgeschlossen ist und beim Arbeitsdienst einen Anspruch auf Unterstützung hat — wenn auch nicht in bar. Der Pferdefuß ist wenig bekannt: Kommt der Minderjährige später in die Arbeitslosenfürsorge hinein, so wird ihm die veranlagte Unterstützung vom Staat wieder abgerechnet von der ihm dann zustehenden Summe.

Will ein Arbeitsdienstfreiwilliger später siedeln, so wird ihm auf seinen Antrag, der aber spätestens einen Monat nach Beginn des Arbeitsdienstes eingereicht werden muß, pro Tag 1,50 Mark gutgeschrieben im Reichsschuldbuch. Da die meisten Arbeitsfreiwilligen diese Bestimmung nicht genau kennen, spart der Staat diese Summe meist. Nach 10 Jahren wird übrigens die Förderung im Reichsschuldbuch gelöscht, wenn nicht vorher durch Abtretung von ihr Gebrauch gemacht worden ist.

Der Vortragende machte deutlich, daß die wirtschaftlichen Vorteile vor allem auf Seiten des Trägers der Arbeitsdienstpflicht liegen, der zu billigen Arbeitskräften kommt.

Wie wird und ist die Freiwilligkeit des Dienstes gewährleistet? Träger des Arbeitsdienstes können auch politische und private Vereine sein. Also Turnvereine, Kirchen und Charitasverbände, technische Nothilfe, Wehrverbände, Parteien, soweit sie den Arbeitsdienst nicht zu staatsfeindlichen Zwecken mißbrauchen. In mittleren und kleineren Städten, wo meist ein Zwang ausgeübt wird zur Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, melden diese Gemeinschaften ihre Jugendlichen einfach zur Arbeitsdienstpflicht an. Um nicht der allgemeinen Verachtung anheimzufallen, macht der Jugendliche mit, auch wenn er gar nicht möchte. Wo bleibt da die Freiwilligkeit?

Die Zusätzlichkeit der zu leistenden Arbeit steht oft auch nur auf dem Papier. Wo heute in den Forsten und Gemeinden kaum etwas getan wird, ist jede Arbeit „zusätzlich“. In den bayerischen Gemeinden sind zum Beispiel Forstarbeiter arbeitslos, weil die Gemeinden und Forstverwaltungen Arbeiter aus dem Arbeitsdienst nehmen.

## Schwarze Fahne.

In Gersdorf (Pommern) sollte vor kurzem ein Ausfahrwagen zwangsversteigert werden. Als der Vollziehungsbeamte aus Bütow erschien, hatten sich alle Bauern aus Gersdorf und Umgegend versammelt, eine schwarze Fahne in Gestalt einer schwarzen Schürze war gehißt worden, und nicht ein einziges Gebot wurde abgegeben. Der Vollziehungsbeamte trat unverrichteter Sache den Heimweg an.

„Renate“ aus Hamburg ist bei der Insel Gotland gesunken, ohne daß dabei Menschen ums Leben kamen. Der Dampfer hatte ein großes Leck erhalten; er ist wahrscheinlich auf ein Wrack, das unter Wasser lag, aufgefahren.

# DINTA: Schulungsanstalt für Ausbeutungsobjekte.

W. R. Vom Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung (DINTA), Düsseldorf, gibt es in Deutschland und Oesterreich zusammen 120 Lehrlingswerkstätten. Sie sind zum Teil in Betrieben, zum Teil genossenschaftlich aufgebaut. Die Lehrlingswerkstätte in Mainz, die wir besichtigten, ist genossenschaftlich aufgebaut. Fünf größere Firmen haben sich zusammengeschlossen, um die Werkstätte zu erhalten. Die Lehrlinge werden von den Firmen eingestellt und zur Ausbildung in die Werkstätte geschickt. In diesem Jahre sind nur 12 Lehrlinge eingestellt worden, da die Betriebe zum Teil nicht arbeiten. Sonst waren es immer 30 bis 35. Die Ingenieure, Meister und Gesellen, die die Lehrlinge ausbilden, sind selber durch das Dinta geschult worden. Im Aufsichtsrat der Werkstätte dürfen nur Mitglieder der Genossenschaft vertreten sein. Jeder Lehrling wird bei seinem Eintritt einer Prüfung unterzogen, ob er sich für den von ihm gewählten Beruf eignet. Jeder bekommt eine bestimmte Aufgabe gestellt. Die Ausführung derselben wird genau auf Zeitverbrauch und Genauigkeit geprüft. Für jeden Lehrling werden auf einer Tabelle genau Kurven über Leistung und Betragen festgehalten. Diese Tafeln werden für jeden sichtbar in der Werkstätte aufgehängt und dienen so zur Selbstkontrolle und zum Ansporn. Die Ausbildung soll nicht einseitig sein. Deshalb hat jeder Lehrling eine bestimmte Zeit in allen Abteilungen der Werkstätte zu arbeiten. Dadurch soll er mit allen in sein Fach schlagenden Arbeiten, auch wenn sie nicht direkt zu seinem Spezialfach gehören, vertraut gemacht werden. Mit dieser allgemeinen Grundlage soll erreicht werden, einen „wendigen“ Facharbeiter heranzubilden. Dann folgt die Ausbildung im Spezialfach. Zwei Jahre im ganzen bleibt der Lehrling in der Werkstätte. Dann wird er in dem Betriebe, von dem er eingestellt wurde, beschäftigt. Die Leiter der Werkstätte behalten auch im Betrieb die Aufsicht über ihn und haben Einspruchsrecht gegen unangebrachte Art der Beschäftigung. Die Berufsschule, die die Lehrlinge zu besuchen haben, befindet sich in der Werkstätte. So wird ein enges Zusammenarbeiten der praktischen Lehrherren mit den Lehrern ermöglicht. Die Jungen gehen nicht in die städtische Berufsschule, sondern die Lehrer der städtischen Berufsschule kommen in den Schulraum der Werkstätte. Sämtliche Arbeiten, die in der Werkstätte geleistet werden, kommen nur für die Genossenschaft in Frage, um eine Konkurrenz für das Handwerk zu verhindern. Die Bezahlung der Lehrlinge erfolgt für alle gleichmäßig nach Tarif. Wenn sie ihre Gesellenprüfung gemacht haben, werden sie nach dem Tarif ihrer Fachgruppe bezahlt. Die Lehrzeit dauert vier Jahre. Die letzten Monate vor Beendigung der Lehrzeit werden die Lehrlinge aus den Betrieben zurück in die Werkstätte geholt. In der einheitlicheren Umgebung können sie gründlicher für die Prüfung arbeiten.

Während des Aufenthaltes in der Werkstätte bei Arbeit und Pause darf weder von Politik noch von Religion gesprochen

werden. Wer dagegen verstößt, wird ausgeschlossen. Es soll ruhige neutrale Zusammenarbeit herrschen. Der Leiter der Werkstätte erzählte, es wären alle politischen Richtungen unter den Lehrlingen vertreten. Doch gäbe es dem Verbot zu Folge keine politischen Diskussionen oder Reibereien. Er meinte, die Jungen fühlen sich sehr wohl dabei.

Bis in die Freizeit hinein schiebt das „Dinta“ seinen Einfluß. Es werden Elternabende veranstaltet, um mit den Eltern Fühlung zu bekommen und eine erzieherische Zusammenarbeit anzubahnen. Schon vor Einstellung der Lehrlinge werden die häuslichen Verhältnisse erforscht, um den Maßstab für die Leistungsfähigkeit ungefähr abschätzen zu können. Um den Jungen vernünftige Betätigung in der Freizeit möglich zu machen, werden Ausflüge und Abendunterhaltungen veranstaltet. Je nach den Interessen der Lehrlinge bestehen Musik- oder Gesangsgruppen, oder auch Schachspielgruppen. Für alle gemeinsam findet täglich Gymnastik von 20 Minuten Dauer statt. Durch all diese Anregungen soll ihr Interesse an der Arbeit und dem Betrieb wachgehalten werden. Die Ausbildung der Lehrlinge soll angeblich dreierlei erreichen:

1. Es sollen tüchtige Facharbeiter ausgebildet werden.
2. Es sollen „wendige“, d. h. mit allen Zweigen ihres Berufes vertraute Facharbeiter geschult werden, damit sie sich bei jeder Gelegenheit ohne große Schwierigkeiten umstellen können.
3. Es sollen „anständige“ Menschen aus ihnen werden, und zwar solche, die ehrlich sind und sich nicht scheuen, auch einmal Verantwortungen zu übernehmen.

Von diesen geschickt formulierten Bedingungen wird so mancher geblendet. Es ging sogar dem Vorsitzenden des ZdA bei der Besichtigung der Werkstätten so. Er glaubte nämlich zurücknehmen zu müssen, was vom Gewerkschaftsstandpunkt aus gegen derartige Methoden spricht. Gewiß, eine gute, zielbewußte und einheitliche Fachausbildung ist an sich für jeden Lehrling von großem Nutzen. Aber der Preis dieser Ausbildung ist die sichere Entfremdung dieser Jungen vom Kampf ihrer Klasse. Die Lehrlinge werden durch allerlei geschickt gewählte Mittel dahin erzogen, Freude und Interesse an der Arbeit zu haben. Mit ihrer „guten“ Ausbildung fällt es ihnen sicher in manchen Fällen leichter, über Umstellungen hinwegzukommen und verantwortliche Plätze im Interesse der Arbeitgeber zu verwalteten. Sie sind dem Unternehmer besonders angenehme Arbeiter, da sie die Ausbeutung nicht so schnell spüren. Denn bei der ganzen Sache kommt es darauf an, das Gefühl für die Ausbeutung nicht aufkommen zu lassen. Mit Hilfe von Gemeinschaftsarbeit und Geselligkeit wird eine Verbindung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gehalten.

Für Sozialisten bedeutet das Dinta also eine äußerst gefährliche Einrichtung, Arbeiter vom Klassenkampf fernzuhalten. Das dürfen wir nicht übersehen.

# Aus der Überfallschronik.

Eine sozialdemokratische Wahlversammlung in Friedrichs-Koog (Schleswig-Holstein) wurde von Nationalsozialisten gesprengt. Als die Rednerin abfuhr, wurden Schüsse auf das Auto abgegeben. Nachher griffen die in der Uebermacht befindlichen SA-Banden Reichsbannerleute an, wobei der Reichsbannermann Jäger erstochen wurde.

In Köln überfielen acht Nationalsozialisten unter Führung des Chauffeurs Fuchs, des Attentäters auf Weis, in der Nacht junge Menschen, die sich in den Anlagen ausruhten. Als diese sich das Forschen nach politischen Abzeichen verbat, fielen die acht Nazis über die Wehrlosen her. Einer der Ueberfallenen wurde durch einen Schuß tödlich verletzt.

Das „Reichsbanner“ gibt eine Uebersicht der Opfer des Nazi-Terrors:

10 Mitglieder des „Reichsbanners“ sind seit der Aufhebung des Uniformverbots getötet worden,

72 schwer verletzt, Hunderte sind leicht verletzt.

Das Gewerkschaftshaus in Hindenburg (Oberschlesien) wurde in der Nacht zum Dienstag von etwa 150 Nazis gestürmt. Dabei wurden drei Reichsbannerleute schwer verletzt.

Schwere Schlägereien haben stattgefunden in Düsseldorf, in Koblenz, in Essen, im Wuppertal, in Triebsees (Mark), in Jülich, in Berlin in der Naunynstraße.

Insgesamt wurden in Berlin in der Nacht zum Dienstag 120 Personen festgenommen, von denen 90 im Gewahrsam blieben.

In der gleichen Nacht wurden 14 Litfaßsäulen angezündet. Ein Teil der Brandstifter wurde der politischen Polizei zugeführt.

## Haussuchungen / Zeitungsverbote.

Etwas 50 Kriminalbeamte haben im Laufe des Dienstags bei Funktionären der KP in Breslau Haussuchungen veranstaltet. Nach dem amtlichen Bericht sind folgende Waffen beschlag-

nahmt worden: ein Karabiner, eine Pistole, ein alter Artillerie-säbel. Um die Liste nicht gar zu mager erscheinen zu lassen, wurde angefügt, daß auch einige Broschüren und Schriftstücke beschlagnahmt wurden.

In Abterode (Hessen) fand eine Haussuchung statt bei dem Führer der dortigen Kommunisten, Zimmermann. Es wurden einige Waffen gefunden. Zimmermann ist nach Eschwege abtransportiert worden.

Die in Altona herausgegebene „Hamburger Volkszeitung“ (KP) wurde auf die Dauer von vier Tagen verboten. Anlaß zu dem Verbot gab ein in der Nr. 170 der genannten Zeitung auf der zweiten Seite erschienener Artikel, in dem gesagt wurde: „Die Regierung von Papen ließ gegen die wachsende Einheitsfront der Massen die nationalsozialistischen Sturmtruppen los, die die Arbeiterorganisationen überfielen und Arbeiter mordeten.“

Das „Volksblatt“ (SPD) in Finsterwalde ist für die Dauer von fünf Tagen verboten worden wegen des Artikels „Severing und von Papen oder Mann und Memme“.

Die Delmenhorster „Volkswacht“ (SPD) ist vom oldenburgischen Ministerium für zwei Wochen verboten worden.

## Hochkonjunktur für Lütgebrune.

Röhm ist es angeblich gelungen, den Herd der „Verleumdung“hetze gegen ihn aufzustöbern. Dieser Herd soll sich im früheren preussischen Innenministerium befunden haben. Rechtsanwalt Lütgebrune hat im Auftrage von Röhm gegen Severing, Abegg und eine Reihe von Beamten Strafanzeige gestellt wegen Aktenbeseitigung und anderer Amtsvergehen und das Material auch dem Reichskommissar übergeben lassen.

## Der Widerspenstigen Zähmung.

Herr Brüning zieht durch die Lande. Was er dabei sagt, ist im allgemeinen nicht wichtig. Den Angriff Papens auf die Preußen-Regierung mißbilligt er mit folgenden interessanten Gründen:

In Münster: Mit Maßnahmen, wie sie in den letzten Tagen erfolgt seien, treibe man eine große Partei, die man doch nicht mit Staatsmitteln vernichten könne, die Sozialdemokratie, in die Negation und den Radikalismus. Aufgabe des Zentrums sei es, solche Dinge unter allen Umständen zu verhindern, weil das deutsche Volk nicht in zwei Hälften gespalten werden dürfe.

In Dortmund: Ein Staatsmann, der ohne Grund eine so große Bewegung wie die sozialdemokratische in den Radikalismus zurückstoße, mache eine mühsame Erziehungsarbeit von Jahrzehnten im Interesse des Vaterlandes zunichte.

Hoffentlich merken sich die SPD-Genossen diese Offenherzigkeit des schwarzen Staatenlenkers!

## Braunhemden am Wahltag zugelassen.

Im Ueberwachungsausschuß des Reichstags ist der Antrag angenommen worden, die Reichsregierung möge wenigstens für die Dauer vom kommenden Sonnabend bis zum Wahltag ein Uniformverbot erlassen. Die Reichsregierung hat sich jetzt, wie es heißt, mit diesem Antrag „beschäftigt“ und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß ein derartiges Verbot eher geeignet sein könnte, die ruhige Abwicklung des Wahlaktes zu beeinträchtigen.

Durch diese Entscheidung hat die Reichsregierung mit dankenswerter Klarheit festgestellt, daß sie die Anzettelung von Unruhen und die Provokation politisch anders Denkender von den Zugehörigen der braunen politischen Privatarmee erwartet — die, wenn Unruhen vermieden werden sollen, ja nicht durch ein Uniform-Verbot gereizt werden dürfen. Bisher schob sie die Unruhen stets den nicht-uniformierten Gegnern der Faschisten in die Schuhe, denen man jetzt — ohne Unruhen zu befürchten — am Wahltag den Anblick der Nazi-Uniformen ruhig zumute!

Den Mitgliedern des Abstimmungsvorstandes ist das Tragen von Abzeichen und Uniformen während ihrer Dienstzeit verboten, da sie in den Lokalen zwecks Ausübung eines staatlichen Ehrenamtes anwesend sind.

## Reichsmarineschulschiff „Niobe“ gekentert.

Kiel, 26. Juni.

Dienstag mittag ist das Schulschiff „Niobe“ in einer Gewitterböe gekentert. Wahrscheinlich hat die Böe die Segel gerissen und das Schiff niedergedrückt. Es befanden sich 105 Mann an Bord, darunter 50 Kadetten. Bisher sind von einem Dampfer 40 Mann gerettet worden. Von Kiel aus sind eine Reihe Schiffe zur Hilfsleistung unterwegs.

Die Zahl der Vermissten der „Niobe“ wird bisher auf 69 angegeben. Flieger, die von Kiel herübergekommen waren, kreuzen über der Unglücksstelle und konnten nur noch einen Oelfleck auf dem Wasser entdecken. Ein Teil der Jungen war erst am 1. Juli eingestellt worden.

In Bolivien ist die allgemeine Mobilisierung angeordnet worden. In der bolivianischen Hauptstadt La Paz wird die Führung der Mobilisierung, der Krieg gegen Paraguay erklärt werden wird. In Paraguay drängen sich Freiwillige zu den Kasernen, und Frauen liefern ihren Schmuck ab zur Finanzierung des Krieges.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janaszewski, Buchdruckeri und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# Christentum und Sozialismus.

## Bergarbeitertagung in England.

Hr. Vor wenigen Tagen fand in Durham die jährliche feierliche Provinztagung des Bergarbeiter-Verbandes statt, nach dem Bericht der liberalen „Newcastle Evening Chronicle“ eine der eindrucksvollsten Demonstrationen in England. Das Eindrucksvollste an diesem Bericht ist der Einblick in die verheerenden Wirkungen, die Christentum und Reformismus in dieser Gewerkschaftsarbeit heraufbeschworen haben.

Das Straßenschild: 150 000 Bergarbeiter und Bergarbeiterfrauen waren nach Durham gekommen; seit dem frühen Morgen waren die Zugangsstraßen zum Rennplatz, auf dem die Tagung stattfand, so überfüllt, daß der Wagenverkehr hier ganz untersagt wurde. Stundenlang strömten von allen Gegenden der Provinz Menschenmengen in die Stadt, die es nicht zuließen, daß die dunklen Schatten, die über ihrer wirtschaftlichen Lage hängen, ihnen den einzigen großen Freudentag des Jahres verderben. Die organisatorische Leitung der Feier hatte große Anstrengungen darauf verwandt, für Unterhaltung und Verpflegung der vielen Teilnehmer zu sorgen.

Festgottesdienst in der Kathedrale, an dem Tausende teilnahmen. Bischof Wellton erzählte von den „ziemlich seltsamen“ Erfahrungen, die er mit Bergarbeitern und Bergwerksbesitzern gemacht hat: „Vor einigen Jahren war ich in Gefahr, in den Fluß Wear (bei Durham) geworfen oder am Flußufer ausgeräuchert zu werden bei einem Angriff, den die Bergarbeiter an diesem Tag auf mich unternahmen. Nicht lange danach erhielt ich von einem führenden Bergwerksbesitzer einen Protestbrief, mit der Drohung, man werde mich fallen lassen, da ich dauernd gegen die Bergwerksbesitzer und für die Bergarbeiter spräche.“ Das soziale Programm, mit dem sich der Bischof in dieser auffallenden Weise zwischen die Stühle gesetzt hatte, bis ihn die Arbeiterschaft schließlich in Ehren aufnahm und ihn mit der feierlichen Einsegnung ihres Gewerkschaftstages beauftragte, besteht seinen eigenen Worten nach darin, daß die Lösung der sozialen Probleme

im Mitgefühl und nicht in der Gleichheit

liege. „Streiks und Aussperrungen sind verantwortlich für den Verlust des Handels, und wenn der Handel einmal heruntergedrückt ist, erholt er sich nicht leicht wieder. Ich möchte die Bergarbeiter ermahnen, zu überlegen, daß ein Stillstand der Industrie gerade solche Menschen grausam trifft, die in keiner Weise dafür verantwortlich sind.“

Aus der Festansprache des Präsidenten der Durham Bergarbeitergewerkschaft: „Ich möchte betonen,

daß das einzige wirkliche Problem, vor dem wir stehen, der Wiederaufbau der Industrie ist.

Der erste Schritt zu seiner Lösung ist es, eine Einrichtung aufzubauen zur Regulierung der Löhne auf einer nationalen Grundlage. ... Die Frage des Wiederaufbaus der Industrie und ihrer Aufnahmefähigkeit für die Arbeitsleistung von Arbeitern ist von großer Bedeutung. ... Wenn wir daran denken, daß 1924 noch 172 000 Männer und Knaben in Durham beschäftigt waren und daß es heute nur 102 000 sind, so ist das eine Angelegenheit für sehr, sehr ernste Gedanken. Eine Industrie, die in so kurzer Zeit fast die Hälfte der in ihr Arbeitenden entläßt, zeigt deutlich an, daß in ihr etwas schlecht bestellt ist. ...

Vor allem die Bergarbeiter müssen in den kommenden Monaten ihre Aufmerksamkeit darauf richten, daß eine Nachfrage nach Kohlen geschaffen und damit ein Anwachsen der Beschäftigtenziffer erreicht werde.“

## Aber die Löhne wurden um 20 Prozent abgebaut.

Die Interstate Commerce Commission in den Vereinigten Staaten veröffentlichte über die Einkünfte der Eisenbahndirektoren folgendes: Der Direktor der Southern Pacific Ry bekommt 185 000 Dollar (1 Dollar = 4,20 Mark) im Jahre; der Pennsylvania Ry 121 000 Dollar (früher hatte er 185 000, sein Gehalt wurde jedoch „herabgesetzt“). Der Direktor der Baltimore and Ohio Ry bekommt 120 000 Dollar, der Missouri Pacific 105 165 Dollar; dann folgen die Direktoren der Illinois Central, Union Pacific, Delaware and Hudson, Chesapeake and Ohio mit je 90 000 Dollar u. s. w.

Lansbury, der Führer der Opposition der englischen Arbeiterpartei sprach dann über den englisch-irischen Konflikt und die Belastung der Wirtschaft durch die von beiden Seiten beschlossenen Sonderzölle. „Beide Seiten stimmen einem Schiedsgericht zu. Das einzige, worin sie sich nicht einigen können, ist die Frage, wer der Schiedsrichter sein soll. Und so besteht diese Not, der Haß und das Elend nur, weil zwei Regierungen nicht zur Vernunft gebracht werden können. ... De Valera glaubt an die Vaterschaft Gottes und an die Bruderschaft der Menschen, oder er sagt wenigstens, daß er es tut, und auch Ramsay MacDonald glaubt daran. Aber sie setzen ihre Völker all diesen Grausamkeiten und dem Elend aus. ...

Den Bischöfen und Erzbischöfen, den Wesleyaner und Baptisten und jedem, der den Namen Christi bekennt, sage ich, daß der Streit und die Art, wie er geführt wird, eine Schande für das Christentum ist.“

## Wer ist blamiert?

Der Führer der englischen Arbeiter-Opposition im Unterhaus, Lansbury, der den unnötigen Appell an die Vertreter der Kirchen gerichtet hatte, den englisch-irischen Zollkrieg beendigen zu helfen, hat von dem Erzbischof von Canterbury, dem Präsidenten der Freikirchen und dem Oberabbiter eine ablehnende Antwort erhalten. Der Papst hat überhaupt nicht reagiert.

## MAGDEBURG

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

## Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel  
Mäntel • Kostüme  
/// Tadelloser Sitz ///

Schönheit

Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.  
Stoffmuster vorrätig.

## BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barockstraße 8.

Telephon: 25 83 42

## BERLIN

# KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.

Ab 22 Juli: Der Russenfilm:  
Iwan der Schreckliche

Leo Lania und Piel Jutzil:  
UMS TAGLICHE BRO!

Fox tönende Wochenschau.

Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde

und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

## Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

## Oscar Wettig, Gelnhausen

## Sprechapparate Koffer/Schattullen/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!

## Otto Pfothauer, Wolmar, Röhrstr. 40.

# Indien in der Zange

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes

Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten. Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

Aus den Presse-Urteilen:

„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine vernichtende! — Diese Tatsachen — die zum Teil wohl unbekannt sind — müßten jedem Menschen die Augen öffnen über die Verhärtheit der kapitalistischen Welt. ... Zusammenfassend: Man lese es mit Kritik, und man wird Wertvolles gewonnen haben.“

„Das Andere Deutschland“, Nr. 26, 25. Juni 1932.

„Zum wohligen Unterschied von der durch die Gandhi-Bewegung ausgelösten großen Indien-Literatur zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen. ... Auch mit den Vorschlägen für die Beseitigung dieser Uebelstände, die Hinkel angibt, werden sich wohl die meisten Leser einverstanden erklären können.“

„Die Intern. Gewerkschaftsbew.“ (Herausg. v. IGB.) 12. Jahrg Juni 1932, Nr. 6. „In diesem Buch werden Tatsachen aus dem Leben des indischen Volkes, die dem Europäer in weitem Maße unbekannt sind, berichtet.“

„Arbeit und Wirtschaft“, 1. Juni 1932.

„Die Auseinandersetzung mit Gandhis wirtschaftlichen und politischen Lehren wird besonderes Interesse finden, zumal sie auf Grund von Gesprächen mit Gandhi und seinen Schülern erfolgt.“

„Volksblatt“ (Bochum), Nr. 108, 6. Juni 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.  
Postcheckkonto: Berlin 81 842.

## Die Botschaft hör'ich wohl . . .

Schleicher im Rundfunk.

Reichswehrminister von Schleicher hielt am Dienstag eine Rundfunkrede, die trotz der vielen sich freundlich anhörenden Worte die Sorgen über die Reichswehr nicht zerstreuen kann. Zunächst bekam Frankreich einen scharfen Hieb, weil es sich trotz der Sicherheit, in der es sich befände, noch immer weigere, auch für Deutschland die Gleichberechtigung in diesem Punkt anzuerkennen. Dann kam das hohe Lied des Soldaten, das wir aus den Kriegsartikeln kennen, und wonach Kameradschaft, Manneszucht, Ueberwindung des „inneren Schweinehundes“, körperliche Erthöhtigung und ähnliche wertvolle Eigenschaften nur auf dem Umwege über die allgemeine Wehrpflicht erworben werden können. Selbstverständlich ist das „Schlagwort, Junker und Generäle hätten die Regierung Brüning gestürzt, . . . eine glatte Lüge“.

Von Militärdiktatur will Herr von Schleicher nichts wissen: „In Deutschland vielleicht mehr noch als in manchen anderen Ländern muß die Regierung von einer breiten Volksströmung getragen werden. Ich glaube sagen zu dürfen, daß ich in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen klarer gesehen habe und weniger militaristisch gewesen bin als mancher Politiker, der sich oft und gern zur Demokratie bekennt, aber sofort zur Diktatur der Bajonette bereit ist, wenn seine Machtposition oder die seiner Partei es notwendig macht. Deshalb bin ich kein Freund der Militärdiktatur. Aber ich wünsche Deutschland gerade in der jetzigen schweren Zeit eine Regierung, die die größten Soldatentugenden besitzt, Mut, Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit.“

So sieht nun also der Mann aus, der als der Fähigste des Papon-Kabinetts gilt. Wir müssen sagen, daß er uns nicht imponiert. Es ist die alte Leier und auch der alte Sang. Aber die neue Zeit kann man nicht mit alten Formeln beschwören. Wir können nur wieder, wie schon oft, feststellen: Das heutige Chaos erhält sich überhaupt nur infolge der allgemeinen Schwäche der führenden Männer und Gruppen innerhalb des Klassenstaates.

## Hugenberg als Hüter der Wahrheit.

Hugenberg hat an Brüning folgendes Telegramm gesandt:

„Aus verschiedenen Zeitungsnachrichten habe ich entnehmen müssen, daß Sie in Ihren Wahlreden wiederum die alte Unwahrheit hervorgebracht haben, es sei der Rechten während Ihrer Reichskanzlerschaft Ihrerseits wiederholt Gelegenheit gegeben worden, sich an der Regierung zu beteiligen.“

Ich habe dahingehende Behauptungen offiziöser Blätter immer von neuem als Lüge bezeichnet.

Ich habe Ihnen und dem Ministerpräsidenten a. D. Dr. h. c. Braun — letzterem wegen einer anderen immer wiederholten falschen Behauptung während der Preußenwahl — Gelegenheit gegeben, mich zwecks Nachweises der Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen wegen Beleidigung zu verklagen. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht.

In einer persönlichen Unterhaltung, die in Gegenwart der Herren Pape und Dr. G. statt fand, habe ich Sie im August oder Anfang September 1931 auf diese Behauptung angedeutet. Sie haben sie damals nicht vertreten und aufrecht erhalten können.

Ich kann Ihnen urkundlich nachweisen, daß die Ihnen unterstehende Reichskanzlei dem Herrn Reichspräsidenten falsche Behauptungen gleichen Inhalts unterbreitet hat. Das bedeutete damals die Benutzung einer falschen Behauptung zur Beeinflussung der politischen Entwicklung in dem von Ihnen gewünschten Sinne einer Ausschaltung des Einflusses der Rechten.

Ich muß bei dieser Sachlage den gleichen Vorwurf der bewußten Unwahrheit gegen Sie erheben, den in diesen Tagen aus anderer Veranlassung auch der Reichsbankpräsident a. D. Herr Dr. Schacht gegen Sie erhoben hat. Hugenberg.“

Herrn Hugenberg, den Chef der sogenannten Mamppe-Fraktion, als empfindsamen Hüter der Wahrheit anzutreffen,

## Papen und die Länder.

Vorläufig kein Vertrauen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Reichskanzler von Papen hat an den Staatspräsidenten Dr. B. folgendes Telegramm gerichtet:

„Nachdem ich in der heutigen Ministerbesprechung Vortrag über das Ergebnis der Aussprache mit den Ministerkollegen der Länder in Stuttgart gehalten habe und auch hier für meine Erklärungen volle Zustimmung gefunden habe, drängt es mich, Ihnen nochmals für die Gastfreundschaft der württembergischen Staatsregierung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Ich möchte einen wesentlichen Anteil an dem guten Verlauf dieser Beratung Ihrer freundlichen Einladung zusprechen.“

Diese botante Freundlichkeit und der „gute Verlauf“ werden ins rechte Licht gerückt durch eine Rede des Herrn B. am Sonntag in einer Zentrumswahlkundgebung in Stuttgart zu dem Ergebnis der Stuttgarter Länderkonferenz u. a. folgendermaßen äußerte: „Was in Preußen geschehen ist, das ging weit; aber wir haben der Regierung auf der Konferenz in Stuttgart auch gesagt, daß jetzt das Stückwerk geschieht, was die Nationalsozialisten gefordert haben. Die Reichsregierung behauptet, daß sie überparteilich ist. Wir sind dankbar, wenn sie zeigt, daß sie es tatsächlich ist. Aber sie kann es nicht bestreiten, daß die Auflösung des Reichstags u. s. w. auf Abmachungen beruhe; und wenn Papen in Lausanne erklären konnte, daß auch die Rechtsbewegung hinter ihm stehe, dann muß man doch annehmen, daß seine Regierung von dieser Seite toleriert wird. Die Reichsregierung hat erklärt, daß die Durchführung der Wahl unbedingt gesichert ist; ferner, daß in keinem anderen Lande ein Reichskommissar eingesetzt werde, weil in keinem anderen Lande dafür ein Grund vorhanden sei. Persönlich habe ich zu den Preußenvorgängen das Gefühl, daß sie mit dem Sinn der Verfassung nicht vereinbar sind.“

## Aus der Wahlschlacht.

Crispien, der zweite Vorsitzende der SPD, hat in Halle eine Wahlrede gehalten, die in erfreulicher Weise die nationalistischen Töne weggelassen und die internationalen Ziele des Sozialismus unterstrichen hat. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik wandte er sich gegen alle Autarkie- und Schutzzollmaßnahmen. Er schloß damit, daß die SPD auf der Erde ein Volk in einem Vaterland anstrebe und die Beseitigung der Grenzen. — Wenn sich auch darüber diskutieren läßt, ob es notwendig ist, daß eine einzige, riesige sozialistische Zentralorganisation aufgebaut wird, die alle Grenzen aufhebt — selbstverständlich bedarf es einer zentral geleiteten Internationale, die einem Staatenbund vorsteht —, so ist doch diese radikale Ausführung im Munde eines Sozialisten außerordentlich begrüßenswert, gerade wo heute so viele ihre Agitation auf den unglücklichen Wettbewerb mit den Scheinidealen des Gegners aufbauen.

Breitscheid hat sich in einem Interview, das er dem Berichterstatler des französischen „Journal“ gewährte, über die Wahlen reichlich optimistisch geäußert. Er gab zu, daß die SPD den Ereignissen der vergangenen Woche gegenüber ziemlich passiv gewesen sei. Er erklärte dieses Verhalten mit der bekannten Rücksicht auf die Wahlen und der Bemerkung, daß ein Widerstand nur den Nationalsozialisten zugute gekommen wäre — eine Einsicht, die Herr Breitscheid wohl aus der Erwägung ableitet, daß ein Kampf der Arbeiterschaft unter der Führung der jetzigen SP-Funktionäre keine durchstoßende Kraft zuwege gebracht hätte. Wozu auch für Herrn Breitscheid die Anstrengung eines solchen Kampfes, da er nach wie vor die Diktatur, deren Möglichkeit er ins Auge faßt, kurz befristet und die Rückkehr zum Parlamentarismus für eine bereits gesicherte Tatsache hält. In dieser Stunde, wo es darauf ankommt, so viel Stimmen wie möglich auf die Linkseite zu bringen, ist dieser behagliche Optimismus kein guter Dienst an der Arbeiterklasse, die, sofern sie im reformistischen Fahrwasser segelt, ohnehin geneigt ist, in politischen Krisen das Vorbeiziehen des Unwetters abzuwarten.

Die NS entfalten eine besondere Tätigkeit in Schlesien. Es heißt — worauf man in diesen Tagen sehr zu achten haben wird —, daß ein starker Zuzug von SA-Formationen nach Breslau eingesetzt habe. In die dadurch geschürte Erregung plätzen dann die Reden der Führer wie Alarm-signale hinein, die im Augenblick darauf abzielen, die Partei nach allen Seiten abzugrenzen, gegen das Zentrum, mit dem die NSDAP nie marschieren werde, wie Klagges sagte,

ist besonders reizvoll. Wir nehmen an, daß sich Herr Brüning gegen den Hugenbergschen Vorwurf selber verteidigen kann, und stellen von uns aus dazu nur fest, daß während der Kanzlerschaft Brünings und also der Ministerschaft Groeners wiederholt Leute von der Rechten bei Brüning und Hindenburg und Groener gewesen sind. Von der NSDAP waren es häufig gleich ein Viertelutzend.

und gegen Hugenbergs Partei. Sympathien verbänden die Partei Hitlers allein mit der Reichswehr. — Deutlich gesprochen, Herr Klagges, deutlicher als Herr von Schleicher, der Hitler nur ziemlich unbestimmt in seiner Rede ausgezeichnet hat durch die Bemerkung, daß er sich ihm im Wehrgedanken eins wisse.

Ueber Hitlers eigene Wahlrundflüge meldet die Telegraphen-Union ziemlich lapidar: „Hitler sprach überall kurz, und seine Ausführungen bewegten sich in dem bereits bekannten Rahmen.“

Breslau wurde auch von Freytagh-Loringhoven, dem Außenpolitiker der Deutschnationalen, heimgesucht. In seiner Rede prasselte es nur so von Drohungen gegenüber Frankreich, von Ankündigungen der Rückeroberung der Kolonien, der Aufrüstung der Kriegsflotte, der Errichtung eines Großdeutschlands unter der vollen Befreiung vom Versailler Vertrag, — alles unter der schwarzweiß-roten Flagge, die dann wieder über Deutschland wehen werde.

Brüning, der seine Wahlreise am Freitagabend im Sportpalast in Berlin abschließen wird, hat auf seiner Rede in Paderborn angekündigt, daß er Schacht in den nächsten zwei Tagen auf dessen heftige Anklagen antworten wird. Uns kann's gleich sein, wie sich Brüning gegen Schacht, dessen Angriff jetzt durch einen Brief Hugenbergs verstärkt wird, gegen den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit verteidigt. Es wäre jedenfalls klüger, mit solchen Antworten nicht unnötig lange zu warten.

Ueber die Erklärungen Schleichers berichten wir an anderer Stelle.

Die Litfaßsäulen in Berlin nehmen in dieser Woche auch schon fast den Charakter von Wahlreden an. Meterlange Handtücher vom oberen bis zum unteren Ende der Säule, zum Teil zwei Streifen neben einander muten dem Publikum zu, die Dekrete von Freund und Feind zu studieren. Keine sehr wirkungsvolle Methodel! Sie kostet viel Geld, aber immer wieder beobachtet man, wie das Publikum, nachdem es einen forschenden Blick auf die Säule gerichtet hat, sich ermüdet abwendet. Gründe erwartet es ja ohnehin nicht.

Der Wahlkampf der Flaggen ist munter im Gang. Erfreulicher Weise findet man noch ganze Straßenzüge, die rot sind — ohne Hakenkreuz.

Daß die immer nur zum Tee dort gewesen seien, glauben sie wahrscheinlich selber nicht.

Im übrigen ist Brüning einer der Politiker, die ausgesprochenen Weise und auch der Praxis nach weitaus lieber mit der Rechten regieren als mit der Linken. Herrn Hugenbergs Brief ist also offenbar nichts als eine dicke Wahlbombe.

## Die Schallplatte von der Gottesfremdheit.

Der fortgeschickte sozialdemokratische preußische Kultusminister Grimme fährt weiter im Lande umher mit seiner Wahlrede über die Gottesfremdheit des Herrn v. Papen, Vor wenigen Tagen war er in Münster in einer großen Kundgebung, in der viele SP-Arbeiter und auch eine beträchtliche Anzahl kommunistischer Arbeiter erschienen waren. Gerade für diese Genossen mußten die Ausführungen von Grimme allerdings überbieten, was sie sonst an sozialdemokratischen Ideologien zu hören gewohnt sind.

Aus dem nationalistischen Teil seiner Rede:

„Der begeht ein Nationalverbrechen, der das Volk von der Mitverantwortung fernhält.“

„Wir wollen Deutschland, und darum ertragen wir keine Schichtendiktatur.“

„Für die 30 Silberlinge der braunen Uniform kann nur ein Judas die Nation verraten.“

„Wir verblöden es uns, daß nun auch das Nationalgefühl monopolisiert wird.“

„Wir bejahen den Klassenkampf von unten, damit aus der Klasse Nation wird.“

Aus dem religiösen Teil:

„Denken Sie an das Wort vom Wohlfahrtsstaat! Das war kein Christenwort, Herr von Papen, das war ein Wort der Gottesfremdheit.“

Aus seinem Wahlauftritt:

„Haltet den Kopf oben, haltet aber auch die Nerven in der Hand.“

„Sorgt dafür, daß die Sozialdemokratie die Partei der Disziplin ist.“

Der Eindruck bei den Sozialdemokraten war tief. Wie er bei den Kommunisten war, war nicht festzustellen. Der Versammlungsleiter konnte sich zum Schluß das Wort erlauben, den ostbischen Junkern das Beispiel der jahrelang erwerbslosen Arbeiter zu empfehlen, „die hungrig und in Lumpen umhergehen und die dann noch für den Staat kämpfen. Das ist bewundernswürdig und ergreifend“.

Man versteht nach diesen Proben gut, wie das Gerücht aufkommen konnte, der Reichskommissar hätte diesen Kultusminister ganz gern im Amt gelassen.

Zu der Verordnung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß nunmehr die während des Ausnahmezustandes in Schutzhaft genommenen Personen freigelassen werden, soweit die Bearbeitung ihrer Angelegenheit nicht schon an die ordentlichen Gerichte übergegangen ist. Strafverfahren gegen Personen, die gegen die Verordnung des Ausnahmezustandes verstoßen haben, werden auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes weitergeführt.

Gegen den Reichsbannerführer Breuer ist auf Grund der Anzeige wegen versuchten Hochverrats vom Oberreichsanwalt das Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Da Breuer sich in Schutzhaft befindet, ist die Frage der Verhängung der Untersuchungshaft gegen ihn zur Zeit gegenstandslos.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Köln: Freitag, 29. Juli, 20,15 Uhr, Coloniahau, Aachener Str. 5, l. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache!

Eintritt freil!

# Oekonomische Hintergründe der Revolution und Gegenrevolution in Chile.

## Die ökonomischen Grundlagen der Revolution.

Auch Revolutionen unterliegen dem Kausalgesetz; jede Umwälzung setzt entsprechende Ursachen voraus. Zum besseren Verständnis der jüngsten revolutionären Ereignisse in Chile ist es deshalb erforderlich, sich einige Tatsachen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in diesem Lande vor Augen zu halten.

Chile ist ein Land von 750 000 qkm Bodenfläche (Deutschland hat rund 470 000 qkm), wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Gebirgskette der Anden für menschliche Wohn- und Wirtschaftszwecke kaum in Betracht kommt. Immerhin entspricht das Land an Ausdehnung einem europäischen Großstaat, hat aber nur 4 Millionen Einwohner und ist mithin sehr dünn bevölkert. Von der Gesamtbevölkerung sind zwar nur 1 1/2 Millionen Weiße, doch beherrschen diese das Land in jeder Beziehung.

Chile ist mit natürlichen Reichtümern mannigfacher Art gesegnet. Aus seinen im Norden gelegenen Salpetergebieten stammt der bekannte Chilesalpeter, der dem Lande bis zum Hochkommen der Luftstickstoff-Industrie ein Weltmonopol gab. Als Nebenprodukt fällt bei der Salpetergewinnung das Jod ab, wodurch Chile ebenfalls ein Monopol für diesen wichtigen medizinischen Stoff besitzt. In den großen Kupferbergwerken werden 14 Prozent des Weltbedarfs gewonnen. Auch Gold kommt in Chile vor, ferner verfügt das Land über gute Steinkohle. Mittelchile zeichnet sich durch ein äußerst mildes Klima aus, das jede Art landwirtschaftlicher Betätigung begünstigt, während der Süden wiederum mehr für Viehzucht (hier hauptsächlich Schafzucht) geeignet ist.

### Bodenmonopol.

Unter so günstigen Bedingungen ist natürlich eine Bevölkerung von 4 Millionen Menschen sehr gering, und man sollte annehmen, daß wenigstens diese ausnahmslos ein leichtes und gutes Auskommen fänden, sei es in den Industrien, sei es als Landwirte. Es muß also überraschen, zu hören, daß es auch in Chile ein ausgesprochenes Proletariat gibt.

Für diejenigen, die wissen, wie die Bildung des Proletariats mit der Bildung von Monopolen, vor allem mit der Bildung des Bodenmonopols, Hand in Hand geht, liegt die Erklärung allerdings sehr nahe, wenn sie hören, daß nach chilenischen Angaben

**60 Prozent des gesamten Grund und Bodens im Besitz von nur 513 Familien sind.**

(Die Estancia San Gregorio besitzt allein 160 000 Hektar Weideland; die Sociedad Laguna Blanca besitzt 137 832 Hektar Weideland, und die Sociedad Explotadora de Tierra de Fuego gar 1 000 000 Hektar Weideland als Eigentum, außerdem ungefähr die gleiche Menge Pachtland.)

Die Rechtsunsicherheit, die gerade in Bezug auf Grund und Boden in Chile bestanden hat und zum Teil noch besteht, hat zur Herausbildung dieser Zustände sehr viel beigetragen. Noch bis vor kurzem kam es vor, daß bei einem Kolonisten, der ein Stück Land in gutem Glauben erworben, es urbar gemacht, sein Kapital und seine Arbeit in Verbesserungen gesteckt hatte und im Begriff war, die Früchte seiner Anstrengungen zu ernten, plötzlich ein Fremder erschien und ihn darauf aufmerksam machte, daß das betreffende Stück Land ihm, dem Fremden, gehöre. Tatsächlich konnte er dann Dokumente beibringen, aus denen hervorging, daß ihm alles Land „bis an den Wald“ oder „bis an die Berge“ gehöre!

Ein gewisser Chomba besaß einen solchen Rechts-Titel, der ihm Anspruch auf mehr als die Hälfte des ganzen chilenischen Landgebietes gegeben hätte! Derartige Titel wurden von den Gerichten vielfach zu Ungunsten des gutgläubigen, eingewanderten Kolonisten anerkannt; dieser mußte weichen, und der andere nahm das urbar gemachte Stück Land in Besitz. Zwar bessern sich diese Zustände langsam, aber völlig klare Verhältnisse bestehen auch heute noch nicht. Wie mancher Kolonist, und auch wie mancher deutsche Bauer (denn es sind sehr viele Deutsche, für die das Vaterland keinen Raum mehr hatte, nach Chile gegangen) mag auf diese Weise betrogen worden und, nachdem er Hab und Gut in Prozessen verloren hatte, zuletzt im Proletariat untergegangen sein.

### Monopole an Bodenschätzen.

Auch die bereits erwähnten chilenischen Monopole (Salpeter- und Kupfermonopol), die für die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Landes bestimmend sind, stellen naturgemäß nur Unterformen des Bodenmonopols dar. In allen ist ausländisches Kapital stark vertreten, ganz besonders aber in der Salpeter- und der Kupferindustrie. Welche Gewinne diese ausländischen Gesellschaften zeitweise erzielten, geht daraus hervor, daß der Guggenheim-Konzern im Jahre 1916 an einer Ausbeute von 95 000 Tonnen Kupfer einen Gewinn von 33 Millionen USA-Dollar machte.

In einem Lande, das nicht nur landschaftlich auf weite Strecken den

### Charakter eines irdischen Paradieses

hat, sondern auch wegen seiner geschichtlichen vielfältigen Reichtümer ein solches sein könnte,

hungern hunderttausende von Proletariern, weil sie keine Arbeit finden!

Ein wahrhaft belehrendes Beispiel für die Unsinnigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

### Wirtschaftskrise.

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise fing der Absatz des chilenischen Salpeters an zu stocken. Die Kupferpreise sanken. Infolgedessen wurden immer mehr Werke stillgelegt. Aus den Salpetergebieten wanderten die Arbeiter zu vielen Tausenden südwärts, um in Mittelchile Arbeit zu finden. Eine Zeit lang konnten sie dort auch unterkommen. Aber die Krise begann sich auch in den landwirtschaftlichen Zonen auszuwirken und erfaßte bald das ganze Land.

Die Arbeitslosigkeit wurde auch in Chile zu einem Problem. Wie überall wurden Projekte zu ihrer Linderung entworfen. Von der Gründung der „Cosach“ (Verzweigung aller Salpeterwerke) erhoffte man eine Beseitigung der Lage, doch

trat sie nicht ein. Im April dieses Jahres sprach man bereits von 130 000 Arbeitslosen, einer für Chile sehr hohen Zahl. Die Krise wurde immer schärfer, und die Unzufriedenheit wuchs immer mehr.

Ihren ersten Ausdruck hatte die schlechte Lage des Landes bereits vor einem Jahre im Sturz des damaligen Diktators Ibanez gefunden. Von der Rückkehr zu konstitutionellen Verhältnissen erhoffte man manches. Aber auch der Nachfolger Montero konnte die Krise nicht bannen. Im Grunde blieb alles, wie es war, nur daß sich die Dinge immer mehr zuspitzten. Im Frühjahr dieses Jahres wurden deshalb schon Revolutionsgerüchte laut. Es hieß, daß von Extremisten, von Kommunisten eine Agitation gegen die Regierung betrieben würde. Diese antwortete darauf mit Verhaftung

## Die sozialistische Revolution.

Die Revolution erfolgte am 4. Juni. Ausgeführt wurde sie durch eine Fliegerabteilung des Heeres, unter Leitung des Obersten Marmaduke Grove, der dann zusammen mit Carlos Davila und Eugenio Matte die erste Regierungs-„Junta“ bildete. Diese Revolutionsbewegung hatte anfangs einen ziemlich vollständigen Erfolg; man hörte, daß sie die volle Unterstützung von Heer und Flotte besäße, und daß das Land ruhig sei. Die „erste sozialistische Republik von Chile“ wurde ausgerufen.

Nach den verschiedenen Erklärungen, die diese Revolutionäre abgegeben haben, mehr aber noch durch ihre ersten Ansätze zum Handeln, scheint es ihnen mit ihren sozialistischen Absichten ziemlich ernst gewesen zu sein. Zu ihren Plänen gehörte die Verstaatlichung der Bewirtschaftung der wichtigsten chilenischen Landeserzeugnisse, die Regelung der „Cosach“-Angelegenheit, ferner die Sorge für Ernährung und Bekleidung der arbeits- und obdachlosen Bevölkerung, die Aufhebung der Klöster u. s. w. Ein sozialistischer Wirtschaftsrat wurde gebildet; man traf Maßnahmen gegen die Spekulation, beschlagnahmte Gold, Devisen und Bankguthaben und machte einen

**Anfang mit der Aufteilung des Großgrundbesitzes und der Ansiedlung von Arbeitslosen.**

Alle nicht benutzten Grundstücke und Güter sollten beschlagnahmt werden.

## Die Gegenrevolution.

Nachdem man noch am 18. Juni gehört hatte, daß die chilenische Regierungsjunta Pläne zur Durchführung des sozialistischen Programms studiere, brachten die Zeitungen am folgenden Tage triumphierende fette Überschriften, die verkündeten, daß die „kommunistische Junta“ gestürzt sei. Der Sturz wurde bewirkt durch Teile des chilenischen Heeres, das die „Junta“, obwohl Grove selber Offizier war, unbegreiflicherweise in den Händen seiner alten Führer belassen hatte.

Während der ersten Tage waren die Nachrichten über den Charakter der neuen Bewegung sehr spärlich und widersprechend. Einerseits wurde noch betont, daß es sich um eine sozialistische Bewegung handle, wenn sie auch gemäßigten Charakter habe und nationale Ziele verfolge, andererseits hat man von der Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Verhaftung von Kommunisten. Dann schälte sich jedoch bald mit aller Klarheit heraus, daß die letzte Richtung von der neuen Regierung befolgt wurde. Das ging vor allem aus dem Verhalten der Arbeiterschaft hervor, die durch Streiks zu protestieren versuchte. Aber diese Streiks wurden unterdrückt; bei den Eisenbahnen wurde der Betrieb durch Einsetzung von Militär aufrecht erhalten. Fliegeroffiziere, die zu Grove hielten, wurden verabschiedet (diese Faschisten verstanden es besser, sich zunächst einmal die Macht zu sichern). Dann folgte auch die Verhängung des Belagerungszustandes und das Verbot des Kommunismus. Kommunismus nennt man auch in Chile, wie in ganz Südamerika, alles, was den herrschenden Klassen nicht genehm ist. Die Verzweiflungsschritte der chilenischen Arbeitslosen wurden deshalb als „kommunistisch“ blutig unterdrückt. Ein Verbot

der verdächtigen Führer und vermochte sich auf diese Weise noch einige Monate zu halten.

Mittlerweile nahmen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiter zu. Der Goldstandard, lange Zeit hindurch mühsam verteidigt, mußte aufgegeben, und die Transandenbahn, die schnellste Verbindung des Landes mit Europa, eingestellt werden. Die ausländischen Unternehmungen, die wegen der Devisensperre ihre Gelder nicht mehr aus dem Lande herauschaffen konnten, hatten natürlich auch kein Interesse mehr daran oder waren nicht mehr in der Lage, Waren ins Land zu bringen. War die Einfuhr schon im Jahre 1931 gegenüber 1930 um die Hälfte gefallen, so sank sie in diesem Jahre noch weiter. Mit anderen Worten, es bereitete sich der Boden vor, auf dem politische Unruhen gedeihen. Für Chile, das häufig Revolutionen gesehen hat, bedeutete dies:

Das Land war wieder einmal für eine Revolution reif.

Man kann sich vorstellen, wie diese Nachrichten im Ausland wirken mußten, das sehr große „Interessen“ in Chile hat. Sowohl das nordamerikanische wie das englische Kapital sind bekanntlich an den chilenischen Industrien stark beteiligt. Deshalb las man auch gleich nach Bekanntwerden dieser Pläne, daß man in England „ernstlich besorgt“ sei und daß ein Kreuzer vorerst nach Callao (Peru) beordert worden sei, um sich zum eventuellen Schutz der englischen Interessen bereit zu halten.

Zugleich mit diesen Nachrichten hörte man jedoch auch schon von der ersten Uneinigkeit unter den Führern der Revolution. Davila, der zu den drei Mitgliedern der „Junta“ gehörte, trat aus dieser aus. Wie man aus seinem späteren Verhalten schließen darf, war er wohl daran interessiert, die Regierungsmacht zu teilen, nicht aber daran, sie zum wirklichen Nutzen der unterdrückten Klassen zu verwenden. Bei den anderen Mitgliedern der Regierung darf man vielleicht voraussetzen, daß sie ehrliche Absichten gehabt haben; leider zeigten aber auch sie, daß sie für ihre Durchführung nicht die nötige Vorbereitung hatten.

Wenn die Massen hungern, genügt es nicht, zu erklären, daß man dies oder jenes „studieren“ werde,

und noch weniger genügt das, wenn es sich um die Vermeidung des bei jeder Revolution zu befürchtenden Gegenstoßes handelt. So kam denn, was kommen mußte.

des Weiteren wurde bekannt, daß G. P. G. wurde deportiert. Die Ruhe des Zuchthauses trat ein.

Durch diese Maßnahmen hat sich die gegenrevolutionäre Bewegung in Chile als durchaus reaktionär gekennzeichnet. Zwar

spricht man auch heute noch von „Sozialismus“

und gibt der Öffentlichkeit bekannt, daß man ausländische Gelehrte einladen wolle, die beim Studium der Maßnahmen, die zur Einführung des Sozialismus erforderlich seien, mit-helfen sollen. Aber welche Art von Sozialismus das sein wird, vermag sich jeder vorzustellen, der hört, daß der deutsche Professor W. Sombart in diesem Zusammenhang genannt wird!

Vorläufig hat also die Reaktion in Chile gesiegt.

Die Führer der vorhergegangenen Bewegung, soweit sie wirklich ehrliche sozialistische Absichten hatten, haben leider gezeigt, daß sie nur Schwärmer waren. Wer in dieser Welt Pläne durchsetzen will, muß damit rechnen, daß er Widerstand zu überwinden haben wird, und sich danach einrichten.

Aber die Entwicklung in Chile ist noch nicht zu Ende. Gerade die neueren Nachrichten lassen zwischen den Zeilen erkennen, daß die Schwierigkeiten der gegenwärtigen provisorischen Regierung nicht gering sind. Man will sogar schon wieder neue revolutionäre Pläne aufgedeckt haben und nimmt weitere Verhaftungen von „Kommunisten“ vor.

Sollten die Unterdrückten in Chile in näherer oder fernerer Zukunft wieder eine Gelegenheit finden, an die Regierung zu gelangen, so werden sie hoffentlich die Lehren dieser Juni-Ereignisse beherzigen. B. D. (Buenos Aires).

## Verlangsamte Kredtrückzahlung bei der Reichsbank.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel, Schecks	Noten-umlauf	Giro-zuthaben	Gesamt-Geld-umlauf
15. 7. 1931	1366	124	77	386	2677	4162	307	5834
28. 7. 1931	1411	93	—	137	2850	8726	433	5210
15. 6. 1932	823	136	2	109	2981	3815	380	5779
28. 6. 1932	823	138	1	103	2869	3717	400	5640
15. 7. 1932	754	138	5	148	2982	3766	389	5798
28. 7. 1932	754	138	5	102	2922	3722	359	

Die Deckungsbestände bei der Reichsbank haben sich in der Berichtswoche nicht wesentlich verändert.

Die Ausleihungen sind um 108 Millionen Mark zurückgegangen. Insgesamt sind nunmehr erst rund 65 Prozent der Ende Juni neu in Anspruch genommenen Kredite zurückgezahlt worden. Zur gleichen Zeit im Juni waren bereits 80 Prozent der Ende Mai neu in Anspruch genommenen Kredite zurückgezahlt und zur gleichen Zeit im Mai — also vor dem Wechsel in der Reichsregierung — sogar 118 Prozent.

Der Notenumlauf hält sich mit 3722 Millionen Mark ungefähr auf der gleichen Höhe wie zur gleichen Zeit des Vormonats und des Vorjahres.

## OESTERREICH

**Wieder ansteigende Arbeitslosigkeit:** Mitte Juni wurden insgesamt 265 000 unterstützte Arbeitslose gezählt; davon entfielen auf Wien-Stadt 108 000. Gegenüber Ende Mai 1932 ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen um rund 400, gegenüber Mitte Juni 1931 um 70 000 Personen gestiegen.

**Eine Tiroler Gemeinde gibt Schwundgeld aus:** Die Gemeinde Wörgl in Tirol hat die Ausgabe von Schwundgeld beschlossen; als Deckung hinterlegt sie den gleichen Betrag in Staatsnoten. Das neue Geld verliert jeden Monat ein Prozent seines Wertes, und dieser Schwund soll durch aufzuklebende Zusatzmarken ausgeglichen werden. Die Gemeinde wechselt ihre Scheine gegen einen Abzug von höchstens 5 Prozent in Staatsgeld um, sie gibt sie aus an Unterstützungsempfänger und nimmt sie in Zahlung für Gas-, Strom-, Wasserrechnungen u. s. w. — Die Gemeinde erhofft angeblich eine Einnahmesteigerung aus dem Erlös der Zusatzmarken, dem prozentualen Abzug beim Umlauf und den Zinsen für das hinterlegte Staatsgeld. — Wir begnügen uns zunächst, das Kuriosum hier zu registrieren.

## FRANKREICH

**Gegen den Wein-Überfluß:** Durch Erlaß der französischen Regierung werden sämtliche französischen Weinbauern, die über 400 Hektoliter Wein herstellen, verpflichtet, ein Drittel der Produktion in ihren Kellern festzulegen und nicht zum Verkauf anzubieten. Die Einfuhr ausländischer Weine wird ebenfalls um ein Drittel herabgesetzt werden.